



## **Adliswilereien**

### **Informationen aus dem Gemeinderat**

### **Sitzung vom Mittwoch, 5. Juni 2019**

**Von Wolfgang Liedtke, Fraktionspräsident SP**

Wer nach der Abstimmung über das Stadthausareal eine Erklärung des Stadtrates erwartet hatte, wurde enttäuscht. Stattdessen gab Marianne Oswald (Grüne) für die Parteien des Nein-Komitees (FW, Grüne, GLP, SP) eine gemeinsame Fraktionserklärung ab:

*Am 19. Mai hat das Stimmvolk den Verkauf des Stadthausareal sehr deutlich mit über 60% der Stimmen abgelehnt. Das ist ein klares Verdikt. Nun sind wir wieder auf Feld 1 und können ein neues Projekt planen, welches einen wirklichen Mehrwert für die Adliswilerinnen und Adliswiler bringt. Und dies, ohne das Land zu verkaufen.*

*Es ist klar, dass es nicht nochmals so lange dauern kann wie es bis jetzt gedauert hat, bis das Land nicht mehr brach liegt. Wir bitten den Stadtrat nun zügig, ein neues Projekt anzugehen und dafür erst einmal ein gutes Nutzungskonzept zu erarbeiten. Wichtig ist hierbei, dass dies mit professioneller und unabhängiger Begleitung geschieht. Die Bevölkerung soll einbezogen werden. Ein Workshop mit 60 Teilnehmenden von 18'000 Einwohnern genügt nicht. Hier kann man gut die neuen technischen Möglichkeiten nutzen, mit online-Umfragen und allem was dazu gehört. Aber auch hier: das muss professionell aufgegleist und begleitet sein, am besten von einer externen Fachperson.*

*Wir sind überzeugt, dass es so ein gutes und mehrheitsfähiges Projekt geben wird.*

*Als ersten Input übergebe ich als Vertreterin des überparteilichen Aktionskomitees aus Freien Wählern, GLP, SP und Grünen hier schon ein paar Ideen der Bevölkerung, die wir in den letzten Wochen zusammengetragen haben.*

Davide Loss gab für die „Sozialliberale Fraktion“ - er korrigierte unter allgemeinem Gelächter in „Sozialdemokratische Fraktion“ – zwei Erklärungen ab. Zum einen gab er bekannt, dass er neu zum Fraktionspräsidenten gewählt wurde. Ausserdem bat er den Präsidenten des Gemeinderats, mit Rücksicht auf die Berufstätigkeit der meisten Gemeinderatsmitglieder sein Vorhaben zu überdenken, die Gemeinderatssitzungen bereits um ein Uhr beginnen zu lassen.

### **Fragestunde**

Wenn auch der Stadtrat als Verlierer der Abstimmung über das Stadthausareal nicht aus der Deckung kam, so nutzte die FDP/EVP-Fraktion die Fragestunde zur Provokation. Sie erkundigte sich nach dem Energiestandard, welchen die Häuser Zürichstrasse 1 und 3 erfüllen, und nach den Renovationskosten der Häuser. Die zuständige Stadträtin Karin Fein (FW) beschied die Fragesteller, dass die Renovationskosten stark von der Nutzung der Häuser abhängen und sie nur eine ungefähre Angabe zu den Renovationskosten machen könne, die sie in dem Bericht auf drei bis sechs Millionen Franken schätzte. Eine Analyse des baulichen und energetischen Zustandes der Häuser müsse noch vorgenommen werden.

### **Bedarfsgerechte Kinderbetreuung; Einführung von Betreuungsgutscheinen**

Zum dritten Mal innerhalb von wenigen Monaten befasst sich der Grosse Gemeinderat mit der finanziellen Unterstützung der Betreuung von Krippenkindern. Nachdem die Vorlage des Sozialvorstehers Renato Günthardt (SVP) im November gescheitert war, hatten SP, Grüne und CVP/GLP einen neuen Vorschlag mittels Parlamentarischer Initiative eingebracht. Kurze Zeit später reichte Renato Günthardt für den Stadtrat einen neuen Entwurf ein, der in grossen Teilen wortwörtlich den Vorschlag aus der parlamentarischen Initiative übernahm,

jedoch die bürgerlichen Forderungen nach jährlicher Ausgabenlimite und Befristung des Erlasses mit aufnahm. Die beratende Sachkommission hatte mit minimalen Änderungen den Vorschlag des Sozialvorstehers übernommen.

Die SP-Fraktion hatte sich vorab zum Ziel gesetzt, den Erlass auf keinen Fall scheitern zu lassen. Dementsprechend würdigte Angelika Sulzer (SP) den Antrag der Sachkommission mit dem folgenden Votum:

*Wir von der SP-Fraktion sagen, es ist höchste Zeit, sich für die Betreuungsgutscheine auszusprechen. Es war ein langer und mühseliger Weg, nun hoffen wir, dass es sich gelohnt hat.*

*Ein kurzer Rückblick in die Sachkommission, dort klang es zu Beginn so:*

*Betreuungsgutscheine - was soll das? Brauchen wir das überhaupt, wir mussten unsere Kinder auch selbst erziehen? Die eigene Haltung war immens wichtig. Betreuungsgutscheine - so manch einer konnte sich nicht damit identifizieren und sich vorstellen, dass es heute ein «must have» ist.*

*Doch genau so eine Grundsatz Diskussionen brauchte es, damit wir in der Sako eine Basis hatten, um im zweiten Anlauf die strittigen Punkte zu diskutieren und einen Kompromiss zu finden.*

*Aus Sicht der SP-Fraktion sind die Gutscheine eine wichtige Entlastung für die Familien in unserer Stadt. Die Frau kann durch die Unterstützung leichter ins Berufsleben zurückfinden. Was sich somit positiv auf die Wirtschaft auswirkt.*

*So kann ich, als berufstätige Frau und Mutter zweier Kleinkinder, nur abschliessend sagen:*

*Ja, es ist allerhöchste Zeit, bereits fünf nach zwölf, sich für die Betreuungsgutscheine für die Bevölkerung von Adliswil auszusprechen. Aus all diesen Gründen sind wir von der SP für die Annahme des Antrages der Sachkommission.*

Nach einer Reihe von zustimmenden Voten anderer Fraktionen übernahm es Wolfgang Liedtke (SP), über die kritische Haltung der SP-Fraktion zur jährlichen Ausgabenlimite und zu Befristung des Erlasses zu informieren:

*Bei so viel Harmonie muss ich doch noch einen kritischen Ton anschlagen. Was hier geschehen ist, könnte so auch in Schilda oder Seldwyla stattgefunden haben. Das Parlament überwies im Februar eine Vorlage zur Beratung an die Sozialkommission. Dieser Entwurf enthielt fast alles, was sich beim Debakel im letzten November als gemeinsame Grundlage herausgestellt hatte.*

*Während der Vorschlag für einen Erlass zur Einführung von Betreuungsgutscheinen der Sachkommission vorlag, reichte der Stadtrat einen eigenen Vorschlag ein. Das ist ein beispielloser Vorgang, der so in anderen Parlamenten nicht denkbar wäre – ein Hinweis darauf, welchen Stellenwert, ja welche Wertschätzung der Grosse Gemeinderat beim Stadtrat geniesst.*

*Glücklicherweise schrieb der Stadtrat zu wenigstens 80 Prozent unseren Vorschlag wortwörtlich ab – wenn man die beiden Texte nebeneinanderlegt, kann man das leicht nachvollziehen - eine Tatsache, welche beweist, dass ein zweiter Entwurf völlig unnötig war. Die wenigen Änderungen hätte man in die Beratung unseres Vorschlags einbringen können. Aber eben, das ging aus Sicht des Stadtrates nicht, dass nämlich Mitglieder des Grossen Gemeinderates, dazu zum grossen Teil noch Linke, das Vorhaben zu Ende bringen, an dem der Stadtrat letzten November gescheitert war. Ich möchte der Sachkommission dafür danken, dass sie die ungewöhnliche Situation, zwei Entwürfe für einen Erlass beraten zu müssen, gemeistert hat.*

*Wie gesagt, der Vorschlag des Stadtrates entspricht in weiten Teilen wortwörtlich unserem Vorschlag, deshalb werden wir von der SP-Fraktion nur bei zwei Punkten Änderungen vorschlagen: bei den jährlichen Ausgabenlimiten und bei der Befristung des Erlasses auf 10 Jahre. Beide Bestimmungen können rechtlich keine Wirkung erzielen, deshalb werden wir hierzu Änderungsanträge stellen.*

Zwar lobt die NZZ in ihrem jüngsten Leitartikel die Kompromissfähigkeit der Mitteparteien im Nationalrat und im Bundesrat, die Adliswiler FDP hat sich jedoch gewohnt kompromisslos

gezeigt. Reto Buchmann (FDP) erklärte, dass die FDP/EVP-Fraktion dem Erlass nicht zustimmen werde, falls die Änderungsanträge der SP angenommen würden.

Wolfgang Liedtke (SP) stellte bei der Abstimmung des Erlasses dann die folgenden Änderungsanträge zu den Artikeln 4 und 16:

Streichung der Absätze 1 und 2 des Artikels 4 mit der folgenden Begründung:

*Die Bestimmungen des Erlasses zur jährlichen Ausgabenlimite können rechtlich keine Wirkung erzielen, denn die im Stadtratsbeschluss festgelegten Zuschüsse an die Eltern müssen auch dann weitergezahlt werden, wenn die Ausgabenlimite erreicht oder überschritten wurde. Auch eine Reduzierung der Höhe der Betreuungsgutscheine im folgenden Jahr ist nicht realistisch, weil sie eine Ungleichbehandlung darstellte, solange nicht die städtischen Zuschüsse durch andere Zuschüsse ersetzt oder ergänzt würden.*

Streichung des Artikels 16 mit der folgenden Begründung:

*Eine Befristung eines Erlasses ist unüblich und unnötig. Ein Erlass kann jederzeit aufgehoben oder durch einen neuen Erlass ersetzt werden. Nichts ausser politische Mehrheiten oder die öffentliche Meinung können den Stadtrat davon abhalten, den Erlass jährlich in Frage zu stellen. Aber auch bei einer Überprüfung nach acht bis zehn Jahren – wie im Artikel 16 vorgesehen – muss sich der Stadtrat den dann bestehenden politischen Mehrheiten beugen.*

Beide Änderungsanträge wurden nur mit den Stimmen der SP-Fraktion gestützt. Auch die Grünen stimmten dagegen, ob aus Überzeugung oder wegen der Drohung der FDP/EVP-Fraktion, bleibt dahingestellt. In der Schlussabstimmung wurde der Erlass aber von allen anwesenden Ratsmitgliedern bis auf eine Enthaltung in der FDP/EVP-Fraktion gutgeheissen.

## **Jahresrechnung 2018**

Die vom Stadtrat vorgelegte Jahresrechnung wies wieder einen Ertragsüberschuss aus, der in diesem Jahr jedoch weniger hoch ausfiel als in den Vorjahren und Adliswil deshalb vor hohen Abgaben in den kantonalen Finanzausgleich bewahrt. Ein wichtiger Grund für das positive Abschneiden war, wie auch schon in den Vorjahren, die Verzögerung wichtiger Investitionen, teils durch Umstände, welche Adliswil nicht beeinflussen kann, teils aber auch durch Fehlplanungen. So mussten beispielsweise Altlastensanierungen in der Schiessanlage Büel wegen des saisonalen Schiessbetriebs, den die Stadt notabene selbst bewilligt hatte, auf den Winter verschoben werden, womit sich die Investitionen in das Jahr 2019 verschoben.

Für die SP-Fraktion meldete sich Esen Yilmaz zu Wort:

*Die Stadtverwaltung legt eine positive Jahresrechnung 2018 vor, welche den bisherigen Entwicklungsvorstellungen der aktuellen Planung des Stadtrates entspricht. Die hohe Budgetdisziplin in allen Ressorts spiegelt sich im Resultat mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 2.7 Mio. und einem besseren Ergebnis von Fr. 1.4 Mio. nieder. Gerne möchten wir im Namen der SP-Fraktion allen Stadträten und insbesondere allen Mitarbeitern der Stadtverwaltung für Ihre Finanzdisziplin danken.*

*Auch wenn die notwendige, letztmalige ausserordentliche Abschreibung von Fr. 10 Mio. wegen der Umstellung der Rechnungslegung notwendig war, sind reelle Entwicklungen - wie das um Fr. 0.5 Mio. höhere Eigenkapital gegenüber Fremdkapital - grössere Indikatoren der gesunden Finanzen.*

*Vieles scheint auf die Jahresrechnung positiv zu wirken: Aufwandminderung gegenüber dem Vorjahr, Kosteneinsparungen bei den meisten Ressorts, ausserordentliche Abschreibungen in allen Ressorts sowie tiefere Personalaufwendungen. Bestimmt ist das Sparen im Personalwesen und bei einigen Infrastrukturprojekten erklärbar. Ob es berechtigt ist, wird uns die Zukunft zeigen, wenn per Stadtratsbeschluss wieder neue Personalstellen geschaffen und Projekte angegangen werden.*

Obwohl es nur eine Prognose ist, zeichnet sich im laufenden Jahr 2019 vermutlich eine positive Entwicklung bei den Steuereinnahmen ab, und zwar wegen der Verschiebung der Steuerauscheidungserträge. Somit sind die Mindererträge bei den Steuern 2018 gut zu erklären. Daraus resultierend mussten Fr. 15.2 Mio. weniger Rückstellungen für den kantonalen Finanzausgleich gebildet werden.

Wie zu Beginn erwähnt, sind die letzten vermeintlich «positiven» Jahresrechnungen u. a. auf die verschobenen Investitionen zurückzuführen. Die Vergangenheit hat uns eingeholt und wir müssen nun endlich die schon sehr lange anstehenden Renovationen, Erneuerungs- und Neubauten in allen Bereichen realisieren. Es sollte in zukünftigen Budgetplanungen und Jahresrechnungen nicht die Sparwut ausbrechen. Wir werden ein Auge auf die Ausgewogenheit der Finanzen haben, um die Bedürfnisse der Bevölkerung zu decken. Schlussendlich ist die Einnahmequelle unserer Stadt die «Steuer», welche von unseren Bewohnern und Unternehmen kommt. Desinvestitionen sollten nicht zur Verschönerung der Jahresrechnung dienen.

Diese Worte sollen Anregungen für den Stadtrat sein und ihn ermuntern, die Lücken bei aktuellen und zukünftigen Planungen zu schliessen. Mit diesem Wunsch folgt die SP-Fraktion dem Antrag des Stadtrates, die Jahresrechnung 2018 zu genehmigen.

Die Jahresrechnung wird einstimmig genehmigt.

## **Massnahmen zur Erreichung der Klimaziele**

In der Maisitzung des Gemeinderates war das Postulat von Wolfgang Liedtke, Angelika Sulzer, Kanny Muthuthamby und anderen (alle SP) als dringlich überwiesen worden. In seiner Antwort hat der Stadtrat das Postulat abgelehnt. Erstunterzeichnender Wolfgang Liedtke warb mit den folgenden Worten für die Unterstützung des Postulats:

*In unserem dringlichen Postulat wird der Stadtrat gebeten, sich für den Klimaschutz einzusetzen, indem er prüft, die folgenden Massnahmen zu ergreifen:*

- 1. Erarbeitung und Umsetzung einer Strategie, welche die Senkung der CO<sub>2</sub>-Nettoemissionen auf null bis 2030 anstrebt und diese bis spätestens 2050 erreicht. Dabei werden sowohl Emissionen durch Produktion wie auch durch Konsum berücksichtigt.*
- 2. Engagement des Stadtrates auf Kantonebene und im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit, damit die Grundlagen und Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, um das Ziel der Senkung der CO<sub>2</sub>-Nettoemissionen auf null bis 2050 für die ganze Schweiz zu erreichen.*
- 3. Zusammenarbeit des Stadtrates mit anderen Exekutiven, um Massnahmen zu finden und umzusetzen, welche die zukünftige globale Erwärmung auf unter 1.5°C begrenzen.*

*Die Antwort des Stadtrates auf das dringliche Postulat ist enttäuschend. Nicht wegen des ablehnenden Beschlusses. Diesbezüglich habe ich keine Illusionen gehabt. Nein, sondern wegen der lapidaren Formulierungen, welche das Anliegen der Postulanten gar nicht reflektiert und weil ein Entgegenkommen etwa durch Benennung eigener Vorschläge völlig fehlt.*

*In den Erwägungen wird auch auf den Energieplan 2015-2035 verwiesen. Darin wird eine Reduktion des CO<sub>2</sub>-Austosses aus der Wärmeerzeugung bis 2035 um ca. 55 Prozent als Ziel beschrieben. Mobilität und Elektrizitätserzeugung sind dabei ausdrücklich ausgeklammert. Dies, obwohl die Mobilität über 40 Prozent der klimaschädlichen Emissionen verursacht. Der Verweis auf den Energieplan ist also nicht berechtigt, liegen seine Ziele doch deutlich unterhalb dessen, was das Postulat als Ziele vorschlägt, nämlich die CO<sub>2</sub>-Nettoemissionen bis 2030 oder spätestens 2050 auf null zurückzuführen.*

*Was will der Stadtrat für eine Botschaft übermitteln mit lauter relativierenden Aussagen im Sinne von «wir haben schon viel getan und mehr wollen wir vorläufig nicht tun»? Genau diese Haltung hat uns in den letzten Jahrzehnten in Bezug auf das Klima dahin gebracht, wo wir heute stehen. Sehr geehrte Damen und Herren vom Stadtrat, haben Sie sich gefragt, ob*

das die richtige Antwort auf ein Anliegen ist, das die Vertreter von ca. 45 Prozent des Wahlvolkes durch die Überweisung des Postulats als dringlich zum Ausdruck gebracht haben?

In seiner Antwort hält der Stadtrat ausserdem fest, Regelungen von übergeordnetem Recht abwarten zu wollen. Das Anliegen der Postulanten war es aber gerade, dass der Stadtrat überprüft, was er zur Förderung des Klimaschutzes beitragen kann, ohne auf Vorgaben im übergeordneten Recht zu warten. Die Postulantinnen sind der Überzeugung, dass die Stadt Adliswil für ihre Bürger eine Vorbildfunktion hat. Dieser Rolle könnte sie gerecht werden, indem sie beispielsweise bei der Erstellung oder Renovation städtischer Gebäude ökologische Massnahmen priorisiert. Das ist nämlich genau das, was man den Bürgern bei ihren Investitionsentscheidungen, sei es für einen Autokauf oder für den Bau oder die Renovation eines Hauses, nahelegt. Die Stadt hält sich aber bisher bei solchen umweltfreundlichen Priorisierungen zurück, soweit sie nicht gesetzlich vorgeschrieben sind.

Das «Weiter so», wie es der Stadtrat in seiner Antwort auf das dringliche Postulat für sein Handeln formuliert, reicht in der heutigen Situation längst nicht mehr aus. Der Energieplan aus dem Jahr 2015 hat bisher offensichtlich keine nachhaltige Wirkung gezeigt. Vier Jahre später findet man in den Legislaturzielen 2018-2022 nämlich keine Erwähnung von Minergie, Umweltschutz oder Klimaschutz, auch keine Massnahmen zur Umsetzung der Ziele, welche im Energieplan formuliert wurden. Der Klimaschutz – so müssen wir daraus folgern – gehört nicht zu den Zielen dieses Stadtrates.

Angesichts der negativen Auswirkungen der Klimaveränderung in unserer Umgebung wie beispielsweise

- den Rückgang des Permafrosts im Hochgebirge mit der steigenden Gefahr von Felslawinen und Erdbeben
- der dramatische Rückgang der Gletscher
- die Veränderung der Fauna und Flora in der Schweiz

reicht eine hinhaltende, abwartende Haltung, wie sie unser Stadtrat in seinem Beschluss an den Tag legt, nicht mehr aus. Wie er hätte reagieren können, kann man in der Antwort des Zürcher Regierungsrates nachlesen. Dieser hat zwar das Postulat aus dem Kantonsrat auch abgelehnt, jedoch einzelne Prüfungen zugesagt. Das Postulat wurde übrigens vom Kantonsrat überwiesen. Vorgestern wurde ausserdem ein ähnliches Postulat im Grossen Rat des Kantons Bern überwiesen.

Ich komme nochmals auf den Energieplan 2015-2035 zurück. Darin kommen die Verfasser nämlich zu dem Ergebnis, dass sich der gesamte Energiebedarf für die Wärmeerzeugung in Adliswil zu 100 Prozent aus der Fernwärme der ARA, der Erdwärme und der Wärme im Grundwasser, aus der Wärme der Luft, aus thermischer Wärme, also Solarenergie, wie auch mit Holz aus den eigenen Wäldern decken liesse. Sie sehen also, dass der erste Punkt in unserem Postulat zumindest bezüglich der Heizenergie sehr realistisch ist.

Unsere Vorschläge im Postulat sind tatsächlich nur schwache Forderungen, die in Rechnung stellen, dass die Möglichkeiten einer Gemeinde in der Klimapolitik begrenzt sind. Aber blosser Leerformeln und der Glaube, dass die Industrie rechtzeitig umweltschonende Technologien ohne politischen Druck auf den Markt bringt und Privatpersonen diese dann beschaffen, haben schon in der Vergangenheit wenig bewirkt. Schaut man zurück, so ist es immer staatlicher Regulierung zu verdanken gewesen, dass der Umweltschutz Fortschritte gemacht hat, sei es nun beim Waldsterben in den achtziger Jahren oder bei der Gewässerverschmutzung seit den sechziger Jahren. Diese Erkenntnis mag nun gefallen oder nicht, sie ist wahr. Ich rufe deshalb dazu auf, in dieser Frage Ideologien und Parteiprogramm beiseite zu lassen und das Postulat zu überweisen.

Lassen Sie sich nicht durch die Polemik des Stadtrates beeinflussen, es handele sich um ein – ich zitiere – «konzertiertes Vorgehen der SP». Einerseits wurden ähnliche Vorstösse in anderen Parlamenten auch von den Grünen oder der GLP initiiert. Andererseits handelt es sich dabei um ähnliche Vorstösse und nicht um «entsprechende Vorstösse», wie der Stadtrat unterstellt, denn unser Vorstoss entspricht nicht denen aus anderen Gemeinden oder dem aus dem Kantonsparlament. So fordern wir beispielweise nicht den Ausruf eines Klimanotstandes. Es gibt keine parteiinternen Vorgaben, Vorstösse zum Klimaschutz

*einzureichen. Der Ausdruck «konzertiert» will unterstellen, es würde irgendwo ein Vorgehen zentral gelenkt. Das sind Verschwörungstheorien, die ich ausdrücklich zurückweise. Ich empfinde eine solche Polemik in einem Stadtratsbeschluss als deplatziert. Geben Sie sich einen Ruck und unterstützen Sie die Postulanten bei der Überweisung. Im Grunde genommen kann doch niemand etwas dagegen haben, wenn der Stadtrat seine Klimapolitik einer ernsthaften Überprüfung unterzieht. Nicht mehr und nicht weniger wollen wir mit diesem Postulat erreichen.*

Für die SVP antwortete Keith Wyss mit dem Hinweis, in der Schweiz sei in der Vergangenheit schon viel für den Klimaschutz getan worden. Die CVP kündigte ihre Unterstützung an. Die FDP/EVP-Fraktion vertrat die Ansicht, die SP folge einem Hype und lasse konkrete Vorstellungen vermissen. Sie warb dafür, auf die Vernunft des Einzelnen zu setzen und kündigte ihre Ablehnung an. Die Grünen unterstützten das Anliegen und hielten dem Stadtrat vor, dass er seine grundsätzliche Haltung gegenüber umweltpolitischen Anliegen nicht überprüft habe. Die FW anerkannten die Klimaproblematik, bezeichneten die «Flughöhe» aber als unpassend für eine Gemeinde. Die GLP schliesslich warb dafür, mehr für den Klimaschutz zu tun als bisher. Die Überweisung des Postulats an den Stadtrat wurde mit 16 Stimmen der FDP/EVP und SVP gegen 15 Stimmen und einer Enthaltung von Walter Übersax (CVP) abgelehnt.

## **5G Infrastruktur-Ausbau**

In einem dringlichen Postulat bat Pascal Engel (EVP) den Stadtrat, Aufrüstungen von Mobilfunkantennen mit 5G-Technologie nicht als Bagatellmassnahmen zu behandeln, sondern nur gegen Baugesuche zu genehmigen und dabei eine umfassende Interessenabwägung vorzunehmen. In der Behandlung ging es darum, die Dringlichkeit festzustellen. Die FDP/EVP-Fraktion von Pascal Engel lehnte das Postulat ab und sprach sich mit der Begründung, die Verwaltung würde mit dringlichen Vorstössen übermässig belastet, gegen die Dringlichkeit aus. Kanny Muthuthamby (SP) unterstützte die Dringlichkeit mit der Argumentation, dass man sich fragen kann, ob die 5G-Technologie tatsächlich so rasch benötigt würde, dass sich die Entwicklung aber nicht aufhalten liesse. Allerdings sei es erforderlich, dass die Umrüstung in Adliswil geordnet verlaufe. Die finanziellen Anreize der Telekommunikationsunternehmen seien zurzeit äusserst attraktiv für Hauseigentümer. Dies dürfe nicht dazu führen, dass auf jedem Gebäude eine 5G-Antenne installiert werde. Er kündigte die Unterstützung der SP-Fraktion für die Dringlichkeit des Postulats an. Das Postulat wurde mit 18 Stimmen der FW, CVP/GLP, Grünen und SP als dringlich überwiesen.

## **Für mehr preisgünstige Wohnungen**

In ihrer Interpellation bezog sich die CVP auf die kantonale Abstimmung von 2015, in der sich das Volk für Mindestanteile für preisgünstige Wohnungen bei Auf- und Einzonungen ausgesprochen hatte. Sie erkundigte sich beim Stadtrat, ob er vorhabe diese Möglichkeiten zu nutzen. In seiner Antwort stellte der Stadtrat in Aussicht zu prüfen, wie ein Mindestanteil an preisgünstigem Wohnraum als Teil künftiger Sonderbauvorschriften oder im Zusammenhang mit den Bestimmungen über Arealüberbauungen vorzusehen ist, ohne einen einheitlichen Mindestanteil für preisgünstige Wohnungen festzulegen.

In ihrer Stellungnahme machte die SVP geltend, dass preisgünstige Wohnungen zwar benötigt würden, stellte aber die Frage, ob dies denn mit Hinblick auf ein gutes Steuersubstrat wünschenswert sei. Die FDP stellte gar in Abrede, dass es in Adliswil einen Mangel an günstigem Wohnraum gebe, und behauptete, in den gängigen Internetportalen würde eine grössere Zahl von Wohnungen mit Monatsmieten unter 2'000 Franken angeboten (eine simultan von Esen Yilmaz durchgeführte Recherche fand keine einzige

Wohnung in Adliswil unter 2'000 Franken Monatsmiete). Esen Yilmaz stellte für die SP-Fraktion fest:

*Gute Rahmenbedingungen zum Wohle der Bevölkerung zu schaffen ist doch unser aller Auftrag. Somit sind preisgünstige Wohnungen zu schaffen ein Auftrag an uns. Auch wenn es nicht immer einfach ist, eine Quote für preisgünstige Wohnungen zu bestimmen, sollte es doch möglich sein, ein eigenes Wohnbauförderungsprogramm zu erarbeiten, denn das existenzielle Gut des Wohnens sollte nicht nur in den Händen von Privatinvestoren liegen.*

*Die Mieten sind in den letzten 10 Jahren in der Schweiz um 13% gestiegen; die Löhne wurden dieser Teuerung nicht angepasst. Darunter leiden nicht nur Bewohner preisgünstiger Wohnungen, sondern auch Bewohner von Wohnungen über dem lokalen Durchschnitts-Mietindex. Es wäre begrüssenswert, wenn der Stadtrat seine Prioritätenliste mit diesem Anliegen ergänzen und diese auch oben einfügen würde. Denn die Durchmischung der Wohnquartiere ist für den Erhalt unserer Gesellschaft sehr wichtig, da eine Diversität bereichernd ist. Günstiges Wohnen bedeutet nicht, «keine Steuern bezahlen zu können» und Sozialbeiträge beziehen zu müssen. Ganz im Gegenteil, ein guter Mittelstand braucht auch mehr preisgünstige Wohnungen.*

*Diese Aufgabe könnten Genossenschaften übertragen werden, welche in einen Prozess von Anfang an eingebunden werden könnten. Diese sind doch für die Ausarbeitung von Wohnbauförderprogrammen prädestiniert und wir sollten ihr Know-how nutzen. Hoffentlich findet der Stadtrat den Mut, Ideen mit Interessenten zu suchen, und den Beispielen unserer Nachbargemeinden in Sachen genossenschaftlichen Wohnungsbau zu folgen. Wir begrüssen die Stossrichtung der Interpellation.*